

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieser
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundziffern in RM: Die 42 mm breite Pettizelle (Moffe's Zeitmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
and RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Redaktionsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhirsdorf, Bretzig, Hauswald, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Friedersdorf, Lhiemendorf, Mittelsach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Fräfers Erben (Fab. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 61

Montag, den 14. März 1927

79. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Gewerbesteuer

Am 15. ds. Mts. ist die 4. Rate Gewerbesteuer-Vorauszahlungen 1926 fällig
und in Höhe von 1/4 der Abgabe vom Betriebsvermögen nach dem Stande vom 31. Dezem-
ber 1923 zu entrichten.

Von der Fälligkeit der Steuer ab werden Verzugszinsen in Höhe von 10 v. H. jähr-
lich berechnet.

Das Mahnverfahren beginnt am 26. ds. Mts.

Pulsnitz, am 14. März 1927.

Der Stadtrat.

Das Wichtigste

Die deutsche Delegation in Genf stand im heißen Kampfe um die
Saarfrage.
In dieser Woche werden sich Reichsrat und Reichsausschuß des Reichs-
tags mit dem Regierungsentwurf in der Aufwertungsfrage be-
schäftigen.
In Genf begannen neue Kommissionsverhandlungen über die Abrüstungs-
frage.
Juan Antisker ist neuerdings wieder verhaftet worden.
In Frankreich und in Südamerika hat das Hochwasser schwere Ueber-
schwemmungsschäden angerichtet.
Die amerikanische Delegation für die Dreimächtekonferenz wird von
Gibson geführt werden. In amtlichen Washingtoner Kreisen hofft
man, daß Italien und Frankreich sich auf der Konferenz wenigstens
inoffiziell vertreten lassen werden.
Wie aus Bialystok gemeldet wird, wurde dort ein großer Bestechungs-
skandal aufgedeckt. 40 Personen wurden verhaftet. Hohe militä-
rische Beamte hatten sich dauernd von militärischen Personen
bestechen lassen und diese vom Militärdienst befreit.
Aus Anlaß des deutschen Volkstrauertages hat die Genfer deutsche
Kolonie in Anwesenheit des Generalkonsuls Nishmann die Gräber
der deutschen Soldaten, die während des Weltkrieges in Genf ge-
storben sind, mit Kränzen geschmückt.
Wie aus Moskau berichtet wird, hat Professor Weinberg in Leningrad
ein Instrument erfunden, mit dessen Hilfe es möglich ist, die Sono-
nenstrahlen in Energie umzuwandeln. Mit dem Instrument soll
bereits eine Kraft von 100 PS erzeugt worden sein. (?)

Kompromiß in der Saarfrage

Einigung der ostoberschlesischen Schulfrage — Stresemann gegen Briand

Nachgeben Dr. Stresemanns — Brauns über „Wege zur Volksfreiheit“ — Pariser Stimmen zum Ergebnis von Genf
London zum Genfer Ergebnis — Die Schlacht am Jangtse — Erfolge der Kantonesen

Genf. Die Saarfrage und der ostoberschlesische Schul-
konflikt haben dem Völkerbundrat noch in den letzten Stun-
den schwere Sorgen bereitet. Nachdem eine Einigung zwischen
dem deutschen und dem französischen Standpunkte in der
Saarfrage nicht herbeigeführt werden konnte und die fran-
zösische Delegation jedes Nachgeben in der Saarfrage ab-
lehnte, war die deutsche Delegation zu einer Nachsichtigung zu-
sammentreten, in der der deutsche Standpunkt noch einmal
genau festgelegt wurde. Die deutsche Delegation hielt bei
ihrer Forderung einer grundsätzlichen Festsetzung des Ter-
mins für den Abzug der französischen Truppen aus dem
Saargebiet und verlangte eine rein internationale Zufam-
menlegung sowie eine wesentliche Herabsetzung der vorge-
schlagenen Zahl von 800 Mann für den Wächterschutz. Mit
dieser deutschen Forderung hatte sich die Vollziehung des
Völkerbundesrats am Sonnabend zu befassen.
Zuerst wurde die

umrissenen Antrag zu stellen. Er möchte aber bitten, den
vorliegenden Bericht nach folgenden vier Punkten zu er-
weitern und genau festzulegen. Nun las Stresemann auf
Französisch

Die vier Punkte der deutschen Forderung

vor, die unumstrittenes Vorrecht der deutschen Delegation
bilden sollen.

1. Es müsse ein festes Datum für den Abzug der fran-
zösischen Truppen bestimmt werden.
2. Eine vernünftige Herabsetzung der Zahl der Wäch-
terschutztruppe müsse stattfinden.
3. Es müsse festgesetzt werden, daß diese Truppe nur
in Ausnahmefällen Rechte über die Bevölkerung habe.
4. Der internationale Charakter der Truppe müsse mit
allen Mitteln garantiert werden.

Stresemann fuhr wörtlich fort: „Für diese Stellung-
nahme finde ich mich in einer nicht leichten Lage. Ich habe
keine Instruktion meiner Regierung. Ich muß aber die Verantwortung übernehmen.
Ich will es auch tun.“

Briand gegen Stresemann.

Dann nahm Briand sofort das Wort und sprach zunächst
über die Rede des Präsidenten der Regierungskommission.
Er betonte mehrfach, daß die Sicherheit in diesem Gebiete
aufrecht erhalten werden müsse, daß es die wichtigste Auf-
gabe der Regierungskommission sei, für die Sicherheit der
Transporte zu sorgen. Man müsse beachten, daß der Plan
der Regierungskommissionen von einer Mehrheit gebilligt
sei. Er kam dann zunächst in ganz allgemeinen Wendungen
auf die Rede Stresemanns zu sprechen und betonte, daß der
Rat die Entscheidung habe.

Im weiteren Verlaufe der Briandschen Rede wurde die
Lebendigkeit der von Stresemann aufgestellten
Vendungen immer deutlicher. Briand brachte alle be-
kannten Argumente für eine starke militärische Truppe im
Saargebiet wieder vor, berichtete, daß dauernd Unruhen
bei der sehr nervösen Bevölkerung zu erwarten seien,
sprach von Bränden, die er bereits gesprengt sehe und
verbreitete sich ausführlich über das angeblich sehr
große Eisenbahnhetz des saarländischen Gebietes, für
dessen Eisenbahnschutz die Gendarmerie nicht ausreichend
sei. Der Vorschlag Dr. Stresemanns, eine internationale
Truppe zusammenzustellen, sei undurchführbar, weil dazu
mehr als drei Monate Zeit gebraucht würden und auch unklar
sei, was der deutsche Außenminister mit einer Beschränkung
der Aufgaben des Eisenbahnschutzes gemeint habe. Das
Einzigste, was Briand zugab, war, daß man sich über die
Möglichkeit einer näheren Festlegung der Aufgaben des
Eisenbahnschutzes unterhalten wolle. Briand schloß, daß er
den Vorschlag der Regierungskommission unterließe.

Briand hat also praktisch in keinem
Punkte nachgegeben. Dr. Stresemann, der bei dem
in üblicher Weise sehr freundlich gehaltenen Ton der Rede
Briands zunächst auf eine Annahme seiner Vorschläge
rechnete, wurde im weiteren Verlaufe der Ausführungen
immer ernster gestimmt und schüttelte mehrmals zu den
Argumenten Briands sehr deutlich mit dem Kopfe.

Das Saarromyomif.

Nachgeben Dr. Stresemanns.

Genf. Der Völkerbundrat nahm folgende Entschließung
ohne Debatte einstimmig an:

„Der Völkerbundrat nimmt von dem Bericht der Re-
gierungskommission des Saargebietes vom 18. Februar
1927 über den Schutz des Transportes und des Transits
auf den Eisenbahnlinien des Saargebietes Kenntnis. Die
gegenwärtig im Saargebiet stationierten Truppen
werden innerhalb eines Zeitraumes von drei

Englands Rheinpolitik.

Das gefährdete Bummrevier.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages soll
baldigst über eine Angelegenheit beraten, die weit
über das sonstige Maß politischer Fragen hinaus,
Deutschland berührt. Es handelt sich dabei um die
Internationalisierung der Schelde und um einen
Kanalbau, den Deutschland nach dem Versailler Ver-
trag ohne Erstattung der Kosten ausführen muß und
der den Rhein an die Scheldemündung anschließen
soll. Es ist dabei nicht einmal von endgültiger Be-
deutung, wie die letzte Entscheidung Hollands aus-
fällt. Wir hören von unserem parlamentarischen
Berichterhalter:

Mit außerordentlichem Geschick haben es die Engländer
verstanden, erneut ihre Machtposition in Mitteleuropa zu
verfestigen. Wir erinnern uns, welchen Wert die Engländer
seinerzeit auf ihr Besitztümer in Köln legten, sie sahen am
Mittelrhein, sie beherrschten zugleich Rumänien und damit
die Wasserstraßen von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer.
Ein französischer Vorstoß bei Frankfurt a. M., die Rhein-
Donau-Linie zu durchbrechen, wurde zurückgewiesen. Doch
dann verschwanden die Briten, die Hafensbauten in Köln
schielen vergessen, man sah nicht klar, welches das nächste Ziel
Englands sein werde. Sie vernebelten ihre Politik, um um
so intensiver im stillen weiterarbeiten zu können.

Nun sind Monate vergangen, und nun sehen auch wir
klar, welchen Weg Chamberlain eingeschlagen hat, um den
französischen Rhein-Plänen entgegenzuarbeiten. Daß damit
zugleich Deutschland geschädigt wird, wird die Engländer
nicht berühren. Wir haben in Deutschland in der Nachener
Gegend das Bummrevier, das sich nach Holland hin an das
Limburger Revier anschließt, das mit etwa 10 Millionen
Sonne jährlich Förderung von größter Bedeutung ist.
Zu demselben Strich gehört in Belgien Campine mit seiner
vorzüglichen Magertohle. England beabsichtigt nunmehr, das
Kanalnetz in den Ländern des Nieder rheins und der Schelde
auszubauen zu lassen, und Belgien ist auf seine Pläne einge-
gangen. Das würde wirtschaftlich bedeuten, daß die Zusam-
menfassung dieser Landstriche das Bummrevier von
Deutschland entfremden würde; denn es ist ganz
natürlich, daß es nach den Kanalausbauten seine Ausfuhr
über den am bequemsten liegenden Hafen leiten würde; dieser
Hafen aber wäre Antwerpen.

Antwerpen hat eine eigentümliche Lage. Es liegt ziem-
lich weit ab von der Scheldemündung, die holländischer Besitz
ist. So konnte Antwerpen bisher niemals Kriegshafen wer-
den, so sehr die Engländer das auch schon vor dem Weltkriege
wünschten. Nach dem Kriege schoben sie Frankreich und Bel-
gien ins Spiel, um gewissermaßen eine Revision der Be-

Frage der Minderheitenschule in Polnisch-Oberschlesien
in der öffentlichen Sitzung behandelt. Der Vertreter Kolum-
biens gab über den deutschen Widerstand betreffend die Zu-
lassung der Kinder zu den deutschen Minderheitenschulen in
Polnisch-Oberschlesien einen langen Bericht, dessen Formu-
lierung noch große Schwierigkeiten verursacht hatte. Wenn
man den Vorschlag aus dem Nehe seiner Paragrafen löst,
so ist es der, dem Präsidenten Calonder einen Schweizer
Pädagogen beizugeben, der prüfen soll, ob Kinder, deren
Muttersprache Polnisch ist, überhaupt fähig seien, dem deut-
schen Unterricht zu folgen.
Der Völkerbundrat hat die

Einführung einer Kontrolle in Oberschlesien

für die Fälle beschlossen, in denen der Besuch der Minder-
heitenschule zweifelhaft ist. Diese Kontrolle wird dem Prä-
sidenten der gemischten Kommission in Oberschlesien über-
tragen, der sie gemeinsam mit einem ihm bei-
geordneten Schweizer Sachverständigen aus-
übt. Der Schweizer Sachverständige wird vom Völkerbund
ernannt. Die Kosten des Sachverständigen hat die pol-
nische Regierung zu tragen. Diese Kontrolle bezieht
sich auch auf den Schulbesuch derjenigen Kinder, die die pol-
nische Sprache sprechen, deren Eltern aber den Besuch der
Minderheitenschule beantragen.

Sofort nach Erledigung dieser Frage nahm der Italiener
Scialoja das Wort zu einer Berichterstattung über die

Frage des Saargebietes.

Scialoja bemühte sich, den bekannten Vorschlag der Re-
gierungskommission vorzutragen. Er verlangte die An-
nahme des Vorschlages der Regierungskommission —
gegen den die deutschen Vertreter gestimmt hatten — im
Namen und im Interesse des europäischen Friedens.

Eine Erklärung Dr. Stresemanns.

Dr. Stresemann, der darauf das Wort nahm, betonte,
daß eine Verschiebung der Frage nicht mehr in Betracht
komme. Seit sieben Jahren warten die Saarländer auf ihr
Recht, und eine provisorische Lösung haben die anderen ab-
gelehnt. Wenn man jetzt zu keiner Entscheidung käme, würde
geradezu das Ansehen des Völkerbundes geschä-
digt. Zweitens meinte Dr. Stresemann, daß auch er der
Ansicht sei, daß von der Art, wie die Frage gelöst werde, sehr
viel abhängt, zumal der Völkerbund Freihändler des Saar-
landes sei. Die Schaffung eines besonderen
Wächterschutzes, wie ihn der Plan der Regierungskom-
mission vorschlägt, sei bei einer so starken Gendarmerie über-
flüssig. Vor allem vermisse er einen festen Ter-
min für den Abzug der Truppen.

Schließlich erklärte Stresemann, daß er im gegenwärtigen
Stadium der Diskussion nicht beabsichtige, einen fest-

